

Stop-Aids-Projekt beantragt

Die Berliner Aids-Hilfe, der Infoladen Mann-O-Meter und die schwule Beratungsstelle in der Kulmer Str. haben gemeinsam beim neuen Senat Gelder für ein Stop-Aids-Projekt für schwule und bisexuelle Männer beantragt. Das wurde auf einer Pressekonzferenz am 18. Mai bekannt. Das Projekt, das sich an ein erfolgreiches Konzept aus San Francisco anlehnt, will „eine breite Mobilisierung innerhalb der gay community für die Bewältigung der Aids-Krise“ erreichen. Aids stelle für schwule Männer nicht nur eine individuelle, sondern auch eine kollektive Bedrohung dar, heißt es im Antragstext unter Verweis auf die hohe Zahl von Schwulen in Berlin, die bereits heute infiziert sind. Neben Safer-Sex-Workshops und Angeboten zur Sekundärprävention soll eine breite Öffentlichkeitskampagne durchgeführt werden.

Während der Laufzeit des Stop-Aids-Projekts, die vorerst auf zweieinhalb Jahre begrenzt ist, wird der Schwerpunkt auf einem massierten Angebot an Safer-Sex-Gesprächskreisen liegen. Zwar habe sich das Sexualleben vieler homo- und bisexueller Männer im Zeichen von Aids bereits verändert, es ginge jetzt aber darum, die Praktizierung sicherer Sexualpraktiken dauerhaft und zeitstabil unter Berliner Schwulen durchzusetzen. Hierzu sei neben weiterer Informationsvermittlung insbesondere die direkte und persönliche Auseinandersetzung über Probleme mit Safer Sex und der Angst vor Aids in der community notwendig. Aus San Francisco stammt die Idee, diese Fragen in einmaligen Gesprächskreisen mit 10 bis 15 Schwulen anzugehen. In der kalifornischen Stadt hatte man auf diese Weise Safer Sex als Normverhalten durchsetzen können. Heute ist dort die Ausbreitung der HIV-Infektion unter Schwulen nahezu gestoppt: Weniger als 1% Neuinfektionen werden in dieser Gruppe jährlich registriert. In Berlin sollen nun neben den generellen Safer-Sex-Workshops auch spezielle Angebote für ausländische Schwule, für Männer im Coming Out oder zu Fragen wie „Safer Sex und Drogen/Alkohol“ gemacht werden.

„Bei dem beschriebenen hohen Stand der HIV-Infektionsrate gehören Angebote zur Sekundärprävention integral zu einem aktuellen Konzept schwuler Aids-Prävention“, schreiben die Stop-Aids-Initiatoren. Angesichts der Ergebnisse bei den anonymen HIV-Antikörpertest-Stellen, muß man damit rechnen, daß um die 20% der Berliner Schwulen mit HIV infiziert sind. Dies bedingt die Notwendigkeit, angemessen auf die besondere Situation von HIV-Positiven einzugehen. So soll durch psycho-soziale und psychotherapeutische Angebote der psychischen Belastung einer HIV-Infektion entgegenge wirkt werden. In der gay community will das Stop-Aids-Projekt für die Belange von Menschen mit HIV/Aids sensibilisieren und somit Ausgrenzung und sozialer Isolation vorbeugen. Dem schlechten Kenntnisstand unter Betroffenen über bereits heute bestehende Möglichkeiten in der Therapie der HIV-Infektion soll durch eine Infobörse über medizinische und psychotherapeutischen Angebote abgeholfen werden. Hierfür ist eine von insgesamt fünf Personalstellen vorgesehen, deren Aufgabe darin bestehen soll, diese Informationen in Form eines Newsletters zugänglich zu machen und kritisch zu bewerten.

Für diese Angebote und das Anliegen des Stop-Aids-Projekts – Verhinderung von Neuinfektionen und Bewältigung der Aids-Krise – soll durch eine breite Öffentlichkeitskampagne in der Szene geworben werden. Dabei will das Projekt auch zu einem verstärkten freiwilligen Engagement unter Berliner Schwulen auffordern. Das Stop-Aids-Projekt selbst wird nicht ohne eine große Zahl von Freiwilligen arbeiten können, aber auch in anderen Bereichen der Aids-Arbeit in der Stadt fehlt es dringend an engagierten Helfern. Gleichzeitig will das Projekt jedoch nicht nur die schwule Infrastruktur in der Stadt nutzen, um seine Botschaft an den Mann zu bringen, sondern das schwule Netzwerk Berlins auch stützen und fördern. Die Trägerschaft des Vorhabens soll durch einen Kooperationsvertrag von BAH, Mann-O-Meter und der Beratungsstelle geregelt werden. Allerdings wird dabei

die Entscheidungsautonomie des Projektes in konzeptionellen, fachlichen und personellen Fragen gesichert.

Für die zweieinhalbjährige Laufzeit rechnet man zur Zeit mit Kosten von 600.000,- DM jährlich. Damit läge das Berliner Projekt noch unter den Kosten, die in San Francisco angefallen waren. Nun müssen Verhandlungen mit dem rot-grünen Senat zeigen, wie weit dieser bereit ist, eine wirksame Aids-Prävention in der Hauptbetroffenengruppe der Schwulen auch finanziell mitzutragen. Im Rahmen des zur Zeit diskutierten Nachtragshaushalts wurden zunächst einmal 150.000,- DM für eine Vorbereitungsphase von Oktober bis Dezember dieses Jahres beantragt. 1990 soll das Projekt dann richtig starten. Mit der Antragstellung endet ein längeres Hin und Her über das Konzept von Stop-Aids. In

den Selbsthilfegruppen war die Idee bereits länger diskutiert worden, ohne daß es zu einer konzeptionellen Einigung kam. Die Fraktion der Alternativen Liste beantragte dann anlässlich des World-Aids-Day im Abgeordnetenhaus ein solches Stop-Aids-Projekt mit einem Gesamtvolumen von 1 Million DM. Gemeinsam mit einer drogenpolitischen Initiative unterstrich dies die AL-Forderung nach einer neuen Aids-Politik, die die Hauptbetroffenengruppen der Schwulen und Fixer stärker einbezieht. Nach dem überraschenden Wahlsieg im Januar wurde das Stop-Aids-Projekt Bestandteil der rot-grünen Koalitionsvereinbarungen. Schließlich erarbeiteten BAH, Mann-O-Meter, die Beratungsstelle und der Aids-Arbeitskreis der AL gemeinsam den nun gestellten Antrag.

asa

Gemeldete Aidsfälle Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin

Stand: 30. 04. 1989

	Aidsfälle April 1989	Aidsfälle Letzte 12 Monate	Aidsfälle Gesamt	Aidstote Von der Gesamtzahl der Aidsfälle
	vom 30. 4. 1988 bis 30. 4. 1989	vom 1. 1. 1982 bis 30. 4. 1989	vom 1. 1. 1982 bis 30. 4. 1989	
Bd.-Württ.	5	74	194	84
Bayern	22	229	548	205
(München)	15	179	423	152
Berlin	22	279	674	236
Bremen	0	34	78	28
Hamburg	10	109	277	122
Hessen	16	151	443	236
(Frankfurt)	11	96	293	154
Nieders.	12	52	155	77
NRW	29	268	681	266
Rhld.-Pfalz	1	21	80	25
Saarland	0	11	28	14
Schl.-Hstn.	1	8	36	12
Gesamt	118	1236	3194	1305

Quelle: Aids-Zentrum im Bundesgesundheitsamt

VR
2/12/88

Eine Reihe von Aids-Kranken ist obdachlos und wohnt in sogenannten „Läusepensionen“ unter psychischen und hygienischen Bedingungen, die das Fortschreiten der Krankheit nur noch beschleunigen. Bereits im Juni habe ich den Senat auf diese unwürdigen Verhältnisse hingewiesen und die Zusicherung erhalten, es würden Möglichkeiten einer schnellen unbürokratischen Hilfe erarbeitet. Konkret ist bis heute jedoch nichts geschehen.“

Die FDP-Abgeordnete Erika Schmidt-Petry machte gestern

„Mitfühlenue Sonntagsreden helfen nur wenig“

Besonders der Wohnungsmangel trifft Aids-Kranke hart / Psychosoziale Angebote reichen nicht aus

in keiner Weise erfüllt worden“. Gerade für die am meisten Betroffenen, Homosexuelle und Drogenabhängige, gebe es keine ausreichenden psychosozialen Angebote bis hin zu Wohnraum und Ersatzdrogen.

Die AL kritisierte, daß sich der Senat mit einer angeblich fortschrittlichen Aids-Politik „brüsten“, dabei aber „eine höchst einseitige Politik zu La-

den Hauptbetroffenen-gruppen macht“. Obwohl er in einem einstimmig beschlossenen Bericht des Gesundheits- und Sozialausschusses, der die Auswertung von Erfahrungen der Abgeordneten nach einer Informationsreise in die USA enthielt, aufgefordert worden war, gerade im Straßenvollzug, auf dem Drogensektor und im Zusammenhang mit dem Problem der Beschaffungsprostitution aktiv zu werden, sei dies

Staatssekretär Jürgen Ditt-berner aus der Senatsjugendverwaltung forderte gestern „eine zielgerichtete und besere Aufklärung von Jugendli-

chen über Aids“. Sexualaufklärung im Schatten einer dringend gebotenen Aids-Prävention stelle große Anforderungen an Erzieher und Eltern. Es bedeutet aber auch, sagte Ditt-berner, „das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten und hinter dem Schutzschild Aids die erfreulichen Prozesse einer Liberalisierung im privaten Lebensbereich zu ersticken.“

„Warum lassen wir Jugendli-

Stop-Aids für Berlin

Aids-Hilfen machten auf Wohnprobleme von Aids-Erkrankten aufmerksam / AL fordert Methadon-Vergabe für Drogensüchtige und ein Stop-Aids-Programm

Anlaßlich des gestrigen Welt-Aids-Tages, der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgerufen wurde, veranstaltete die Berliner Aids-Hilfe (BAH) in der Innenstadt eine Aktion mit Straßentheater und szenischen Collagen, die auf die schlechte Wohnsituation von HIV-Infizierten und Aids-Kranken hinweisen sollte.

Die VeranstalterInnen machten darauf aufmerksam, daß in Berlin eine zunehmende Zahl obdachloser Aids-Kranke ohne Wohnung zwischen Krankenhäusern, heruntergekommenen Pensionen und Obdachlosenheimen pendeln. Besonders betroffen seien drogenabhängige Kranke. Die BAH fordert deshalb die Bereitstellung von Wohnungen, die

den Bedürfnissen von Menschen mit Aids entsprechen.

Parallel zu den Straßenaaktionen brachte die AL-Fraktion im Abgeordnetenhaus zwei Anträge — zur Vergabe von Methadon und zu einem Stop-Aids-Projekt — vor. In ihrem Antrag fordert die AL die Vergabe der Ersatzdroge Methadon durch Ärzte und wendet sich damit gegen ein staatliches Methadon-Programm. »Bei einem staatlichen Programm ist die Gefahr der Überwachung der Drogensüchtigen viel zu groß«, meinte Margarete von Galen vom Aids-Arbeitskreis der AL.

Drogenabhängige sollen mit dem Programm aus der Abhängigkeit und dem damit häufig verbundenen kriminellen Milieu geholt werden. Parallel zur Vergabe der Ersatzdroge soll eine psychosoziale Betreuung, der Ausbau von Plätzen im Drogenentzug und von Kontaktläden einhergehen. Mit dem Stop-Aids-Projekt folgt die AL einem Modell aus San Francisco. Diese Initiative zielt darauf ab, Safer-Sex-Gesprächskreise zu gründen, die die weitere Verbreitung der Krankheit bei schwulen und bisexuellen Männern verhindern helfen sollen. Für den Zeitraum von zwei Jahren sollen eine Million Mark für das Projekt zur Verfügung gestellt werden.

An der Aids-Politik des Senats kritisierte die AL, daß »nur Problembewußtsein vorgegaukelt« würde, und fordert, »endlich Taten folgen zu lassen«. Ihre Anträge sieht die AL als praxisorientierten Schritt zur Bekämpfung der Krankheit.

Theo Dittmann

des Gips, Aufklärungsmaterialien selber herstellen, sondern bezahlen, dafür teil Werbefachleute? frag Staatssekretär.

Die Deutsche Aids-Hilfe, die bundesweit über mehr als 70 regionale Organisationen anläßlich des Welt-Aids-Tages Aktionen veranstaltete, warnte vor der Ausgrenzung der von Aids Betroffenen und forderte erneut ihr Recht auf Arbeit, Wohnung, materielle Sicherung, Sexualität, optimale medizinische Versorgung und Betreuung durch Menschen ihres Vertrauens ein. v. B.

TAZ
2/12/88